

23.10.2023

Stellungnahme zum Krieg in Israel und den palästinensischen Gebieten

ICJA Freiwilligenaustausch weltweit ist zutiefst betroffen und schockiert über den Angriff auf Israel. Die entsetzlichen Gewalttaten der islamistischen Hamas an schutzlosen Zivilisten sind durch nichts zu rechtfertigen.

Der Jahrzehnte währende Konflikt zwischen Israel und Palästina sowie anderen arabischen Staaten ist durch Gewalt nicht zu lösen. Ein erfolgreicher Friedenprozess wird nur gelingen, wenn das beidseitig akzeptierte Existenzrecht Ausgangsbasis ist. Es gibt ein Existenzrecht Israels. Und es gibt ein Existenzrecht eines palästinensischen Staates. Menschenrechte und menschliche Sicherheit gelten für Israelis wie für Palästinenser*innen.

Dabei sehen wir, dass die islamistische Terrororganisation Hamas Israel das Existenzrecht grundsätzlich abspricht und sich zum Ziel gesetzt hat, jedes jüdische Leben zu vernichten. Diesem Streben sollte die Staatengemeinschaft entschieden entgegentreten, und sich für freie Staaten einsetzen, in denen alle Menschen ungeachtet ihres Glaubens oder ihrer Herkunft friedlich leben können.

Die Besatzungspolitik Israels rechtfertigt in keiner Weise das Morden der Hamas. Das Morden der Hamas rechtfertigt kein Töten palästinensischer Zivilbevölkerung.

Wir fordern, dass die Hamas alle Geiseln unversehrt freilässt und den Missbrauch palästinensischer Zivilist*innen als menschliche Schutzschilde unverzüglich beenden. Diese Gewalt muss aufhören.

Wir fordern, dass die Regierung Israels, das Leben von Zivilist*innen im Gazastreifen und den anderen palästinensischen Gebieten schützt. Israel ist völkerrechtlich legitimiert, gegen die Kämpfer der Hamas im Gazastreifen vorzugehen. Jedoch darf die Versorgung der Zivilbevölkerung mit Wasser, Strom und Lebensmittel nicht gekappt werden, auch wenn dabei die Gefahr besteht Hamas-Kämpfer zu unterstützen. Humanitäre Hilfe in Gaza muss möglich sein, das Völkerrecht ist einzuhalten.

Wir fordern, dass klare Positionen bezogen werden, gegen Menschen-, Juden- und Muslimfeindlichkeit. Wir sind entsetzt über die gewalttätigen Demonstrationen, in Deutschland und anderswo, die das Morden der Hamas bejubeln. Wir sind entsetzt darüber, dass israelische Mitbürger*innen bedroht werden und um ihre Unversehrtheit fürchten müssen. Dass in Berlin im Jahr 2023 Brandsätze gegen jüdische Einrichtungen fliegen, schockiert uns und muss unterbunden werden. Weder Antisemitismus noch antimuslimischer Rassismus haben einen Platz in der Gesellschaft.

Wir fordern, dass alle Staaten, auch Deutschland, sich zusammen mit den Vereinten Nationen für eine Deeskalation des Krieges, politische Verständigung und eine nachhaltige Lösung des Konfliktes einsetzen, damit ein selbstbestimmter Frieden möglich wird.

Aus Gewalt entsteht weitere Gewalt. Frieden und Sicherheit lassen sich nicht mit Gewalt erzwingen, weder für Palästina noch für Israel. Der Kreislauf der Gewalt muss durchbrochen werden.

Unsere Solidarität gilt allen von Krieg, Terror und Verschleppung Betroffenen und ihren Angehörigen. Wir danken allen, die einen Beitrag zur humanitären Hilfe leisten und den Opfern der Gewalt beistehen. Wir stehen hinter denen, die sich für eine friedliche Lösung des Konflikts in Israel, in Palästina und weltweit einsetzen.

In diesem Sinne rufen wir alle Menschen auf, sich über alle religiösen, kulturellen oder anderen Grenzen hinweg für ein friedliches Miteinander einzusetzen.

Für ICJA

Vorstand und Geschäftsführung